



DL21

#leftlessons

Leftlessons Nr. 4 – Vorbereitung

Nachhaltige Investitionen – vor und nach Corona mit Prof. Gustav Horn

Nach den vorangegangenen #leftlessons wollen wir mit Gustav Horn über nachhaltige Investitionen diskutieren und dabei die Einbettung in den Begriff des demokratischen Sozialismus nicht aus dem Blick verlieren. Gustav Horn ist Professor für Makroökonomie an der Universität Duisburg-Essen und leitete von 2005 bis 2019 das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung. Er ist beratendes Mitglied der Grundwertekommission der SPD und Mitglied des Willy-Brandt-Kreises. Im Dezember 2019 wurde er in den Parteivorstand gewählt und sitzt dem Wirtschaftsbeirat der Partei sowie der Keynes-Gesellschaft vor. Gustav Horn hat in seinem jetzt erschienenen Buch „Gegensteuern. Für eine Wirtschaftspolitik gegen Rechts“ ausgeführt, dass der Neoliberalismus den „sozialen Schutz“ der Bevölkerung vor gesellschaftlichen Risiken erodiert und demokratische Partizipationsmöglichkeiten abgebaut hat und dies im Zusammentreffen mit einer großen Modernisierungskrise des kapitalistischen Wirtschaftens zum Erstarken rechtspopulistischer Kräfte geführt hat.

Wir orientieren uns an folgenden Fragen:

- Warum braucht es einen neuen Ansatz keynesianischer Politik. Welche Wirkkraft haben nachhaltige Investitionen?
- Brauchte es die Corona-Krise um die Notwendigkeit einer Abkehr vom Neoliberalismus hin zu einer Perspektive einer sozial-ökologischen Neuausrichtung zu eröffnen?
- War der Kapitalismus schon vor Corona „am Ende“?
- Welche positiven und unzureichenden Effekte sind durch das aufgelegte Konjunkturpapier realistisch zu erwarten?
- Wie müssen wir – ganz unabhängig von der Krise - weitergehen?
- Welche Bündnisse haben wir und welche müssen wir neu entwickeln, um diese schon lange bestehenden Forderungen endlich durchzusetzen? Was können wir dazu beitragen und wie steigern wir unsere Überzeugungskraft?



DL21

#leftlessons

- Was heißt es heute, so „radikal zu sein, wie die Wirklichkeit“ (Bertolt Brecht)?

I. Die Ausgangslage

Infolge von Steuersenkungen und einer restriktiven Fiskalpolitik („Schuldenbremse“, „Schwarze Null“) sind die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik lächerlich. Zwischen 1991 und 2008 wurde im öffentlichen Dienst jeder dritte Arbeitsplatz abgebaut. Die physische und soziale Infrastruktur ist erschöpft und nicht krisenfest, wie sich in der gegenwärtigen Pandemie zeigt – auch wenn es hier noch relativ besser geht als bei unseren europäischen Nachbarn. In den 1970er Jahren investierten Bund, Länder und Kommunen jedes Jahr noch bis zu vier Prozent des Sozialproduktes. Heute liegt die staatliche Investitionsquote nur bei zwei Prozent. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Der kommunale Investitionsstau wird auf rund 140 Milliarden Euro geschätzt. Die deutsche Volkswirtschaft und die Gesellschaft insgesamt sind damit schon vor der Corona-Krise einem Dauerstress ausgesetzt, der nicht menschenwürdig ist. Zugleich ist infolge der neoliberalen Beantwortung der Finanzkrise (harte Sparprogramme, Schuldenregeln, Privatisierung, Sozialabbau etc.) die europäische Nachbarschaft noch stärker unter Druck. Die EU droht zu zerfallen und die „liberale“ Demokratie wird von Rechts und Links, aber meist lautstärker von Rechts, in Frage gestellt, weil die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Menschen im politischen und staatlichen Handeln übergangen werden.

II. Investitionsbedarfe – schon vor der Corona-Krise

Die Gewerkschaft ver.di und auch Stimmen aus Wissenschaft und vereinzelt aus der Wirtschaft forderten bereits vor der Corona-Krise eine lang gestreckte Phase massiver Investitionszuwächse, damit die Probleme gelöst werden können und die Wirtschaft nicht an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Es wurde die Forderung eines auf zehn Jahre angelegtes Investitionsprogramm von jährlich 50 Milliarden Euro erhoben. Jetzt hält ver.di ein ergänzendes Konjunkturprogramm für notwendig, dass mindestens drei Prozent des deutschen Sozialproduktes umfassen soll, also einen Betrag von mindestens 100 Milliarden Euro. Für die Jahre 2020 und 2021 sollte sich das Konjunktur- und Investitionsprogramm aus kaufkraftstärkenden Sofortmaßnahmen und Investitionen zusammensetzen. Von dieser Forderung ausgehend, begrüßt ver.di das aktuelle Konjunkturpaket der Bundesregierung als Teilerfolg.



DL21

#leftlessons

Die DL21 hat die Investitionsbedarfe der BRD wie folgt konkretisiert: Im öffentlichen Nahverkehr müssten in den kommenden sechs Jahren etwa 30.000 neue Beschäftigte eingestellt werden. Jedes Jahr müssten zusätzlich zehn Milliarden Euro für den Verkehr mobilisiert werden. Großen Investitionsbedarf gibt es auch bei Breitband und Energieversorgung. In den nächsten zehn Jahren müssten in beiden Bereichen jeweils 40 Milliarden Euro investiert werden. Doch damit nicht genug. In Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. In der frühkindlichen Erziehung und Betreuung fehlen bis 2025 etwa 300.000 Fachkräfte. In den Grundschulen können im gleichen Zeitraum voraussichtlich 35.000 Stellen nicht besetzt werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist inzwischen auf stolze 50 Milliarden Euro angewachsen. Bundesweit fehlen aktuell 80.000 Krankenpflegekräfte. In der Altenpflege beläuft sich der Personalmangel auf 63.000 Pflegekräfte. Vor vergleichbaren Herausforderungen steht der soziale Wohnungsbau. Ab sofort müssten jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 als Sozialwohnungen – gebaut werden, um eine ausreichende Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum sicherzustellen.

III. Das Konjunkturpaket

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der derzeitigen Rezession und der besonderen Auswirkungen der Corona-Krise ein großes Konjunkturpaket aufgelegt. Das war zur Abmilderung der sozialen und ökonomischen Folgen des Lock-Downs dringend nötig und ist in der Akzentsetzung – ohne Abwrackprämie – auch eine erfreuliche Neuerung. Die aufgestauten strukturellen Herausforderungen einer gelingenden nachhaltigen Transformation der Wirtschaft, des Abbaus der Altschulden der Kommunen, eines massiven Personalaufbaus in der Daseinsvorsorge werden damit aber nicht angegangen und die bestehende Armut nicht wirksam bekämpft.

IV. Die Krise

Der globale Kapitalismus befindet sich in seiner bisher tiefsten Krise. Die Rezession hat schon vor den pandemiebedingten Lock-Downs eingesetzt und ist nicht ursächlich auf sie zurückzuführen. Das neoliberale Modell aus Privatisierung, Individualisierung, Steuersenkung und verschärfter Konkurrenz ist erschöpft. Klimawandel, Erschöpfung der Ressourcen, Angriffe von Rechts, extreme soziale Ungleichheit und wachsende Gewaltkonflikte bedrohen die menschliche Zivilisation. Das ist eine multiple, strukturelle und dauerhafte Krise des Kapitalismus.



DL21

#leftlessons

Um diese Krise international auf Basis der Menschenrechte und mit erheblichem Effekt gegen Rechts zu überwinden, muss eine neue keynesianische Politik her. Diese muss weitergehen als die bis in die 1970er Jahren bewährten Ansätze: Sie darf nicht in einen „Neo-Etatismus“ verfallen, sondern soll die solidarische Kontrolle der Bevölkerung(en) über die gesellschaftliche Entwicklung und die persönlichen Lebensverhältnisse durchsetzen. Das erfordert Dezentralisierung, Demokratisierung und massenhafte Partizipation der Zivilgesellschaft. Sie muss den sozial-ökologischen Umbau, eine soziale europäische Erneuerung und eine gerechtere Weltwirtschaft im Nord-Süd-Verhältnis ermöglichen. Sie sollte die die Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital, Staat und Markt, Arm und Reich zugunsten der großen Mehrheit verschieben.

V. Wer soll das bezahlen?

Es ist – das zeigt auch die Krisenpolitik der Bundes- und der Landesregierungen – dringend nötig, die Schuldenbremse(n) zu lösen! Kurzfristig müssen die massiven Investitionsbedarfe auch mit Krediten finanziert werden können, zumal diese zu einer ausgeglichenen europäischen Gesamtwirtschaft dazugehören und die Kredite günstig sind.

Mittel- und langfristig brauchen wir eine massive Umverteilung von Oben nach Unten durch eine erhebliche Besteuerung von großen Vermögen, Erbschaften sowie von Finanzmarkttransaktionen.

VI. Eine gelingende Transformation zum Demokratischen Sozialismus

Eine offensive Antwort auf diese Krise erfordert mindestens, den sozial-ökologischen Wandel sowie die Digitalisierung sofort und mit Nachdruck durch massive Investitionen und deren Lenkung einzuleiten. Es geht dabei um Konversion der bisherigen Energiegewinnung, wesentlicher industrieller Schwerpunktbereiche (Automobil, aber auch Rüstung). Es muss auch eine ausgeglichene Handelsbilanz hergestellt, also nicht so mit Exportdruck produziert werden. Die Stärkung solidarischer Ökonomien muss die Profitdominanz überall – und besonders in der Daseinsvorsorge – zurückdrängen. In allen Bereichen erfordert das mehr Bildung und Ausbildung, Partizipation und demokratische Prozesse. Es geht um eine globale Herausforderung. „Arbeit – demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“ ist der Titel eines von zahlreichen US-amerikanischen Professor*innen initiierten und mittlerweile von über 4.000 Hochschullehrer*innen weltweit unterzeichnet Aufrufs. Darin wird dazu animiert, als Lehre aus der gegenwärtigen internationalen Krise eine neue Wirtschaftsweise zu erkämpfen: „Machen wir uns nichts mehr vor: Die meisten Kapitalanlegerinnen und -anleger



DL21

#leftlessons

werden sich, wenn sie sich selbst überlassen sind, weder um die Würde der Beschäftigten kümmern noch werden sie den Kampf gegen die ökologische Katastrophe führen. Es gibt eine Alternative: Demokratisieren wir die Unternehmen, dekommodifizieren wir die Arbeit, hören wir auf, Menschen als Ressourcen zu behandeln – damit wir uns gemeinsam um die Erhaltung des Lebens auf diesem Planeten kümmern können.“ (*„Arbeit – demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“*, ein Manifest für ein Wirtschaften nach der Pandemie, unterzeichnet von WissenschaftlerInnen aus aller Welt und über 600 Hochschulen; zitiert nach: ZEIT ONLINE, 15.5.2020: <https://www.zeit.de/kultur/2020-05/wirtschaften-nach-der-pandemie-demokratie-dekommodifizierung-nachhaltigkeit-manifest/komplettansicht>)